



Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden.
Verlags- und Druckerei: 25 241.
Für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitigen 30 mit breiter Schrift 30 Pfg., die zweiseitigen 25 Pfg., die Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklametexte 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengelder 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marianstraße 38/40
Verlag v. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Trauerzug in Heidelberg.

Löbe lehnt die Reichspräsidentenschaft ab. — Müller-Franken für eine Kandidatur Marx. Zunahme der Streikbewegung unter den Eisenbahnern. — Trendelenburg vor dem Reichswirtschaftsministerium.

Der Trauerzug.

(Durch Rundfunk.)

Heidelberg, 5. März. Der Sonderzug mit der letzten Hülle des verstorbenen Reichspräsidenten ist um 9,30 Uhr hier eingetroffen. Im Sonderzuge saßen u. a. der Reichskanzler, der Reichswehrminister, die Staatspräsidenten von Hessen und Baden, Reichstagsabgeordnete und der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit. Auf der ganzen Fahrt entboten auf den unterwegs berührten Stationen dichtgedrängte Menschenmassen dem toten Staatsoberhaupt den letzten Gruß.

In Heidelberg selbst waren bereits mit Sonderzüge aus Darmstadt, Mannheim und aus der näheren Umgebung zahlreiche Teilnehmer an der Trauerfeier eingetroffen, die zusammen mit der Heidelberger Bevölkerung auf dem Wege zum Heidelberger Friedhofe Aufstellung genommen hatten. Während die Pfaffen auf den Palonen auflochten, setzte sich unter dem Geläut aller Kirchenglocken der mächtige Trauerzug in Bewegung, den eine Abteilung berittener Schutzpolizei, die freiwillige Feuerwehr von Heidelberg mit einer Musikkapelle, Gesangsvereine, kubantische Korporationen, Vereine, Abordnungen mit ihren Fahnen und starke Abteilungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eröffneten.

Dem Leichenwagen folgten zunächst die näheren Angehörigen des Reichspräsidenten mit dem Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Reichskanzler Dr. Luther und Reichswehrminister Dr. Gessler, denen sich zahlreiche Vertreter von Länderregierungen, Vertreter des Reichstages und Landtages, der Stadtrat von Heidelberg, die Rektoren, die Senatoren der hiesigen Hochschule in vollem Ernst sowie zahlreiche Vereine angeschlossen. Den Abschluß des Zuges bildete wiederum eine Gruppe berittener Schutzpolizei.

Der hiesige Staatspräsident Dr. Dellpach sprach als Vertreter des Reichstages und des Landes Baden eine sonderbare Abrechnung mit der alten Vorkriegszeit, einem Zeitalter, das nach seiner Meinung den Schein an die Stelle des Wesens, die Fäulnis an die Stelle der Haltung, die Fäulnis an die Stelle der Wirkung gesetzt hatte, war die Einstellung seiner Gedächtnisrede. Er schilderte den Toten als den vom ganzen Volke in den härtesten Zeiten von 1919 einstimmig zum Führer Gewählten. Nun empfange ihn dieser Heidelberger Bergfriedhof, ihn, in dem ehedem Gottesgnadenstum seine besondere Erfüllung fand, denn ihm ward die Gnade, das Volk zu erretten.

Als erster ergriff Oberbürgermeister Dr. Walz das Wort und gab den Gefühlen Ausdruck, von denen heute die ganze Stadt Heidelberg bewegt sei. In einer engen Umarmung bei der Stadtkirche sei Präsident Ebert geboren, mit dem Herzen auf dem rechten Fleck und einer tiefen Anhänglichkeit an seine alte Vaterstadt, in der er auch seinem letzten Wunsche gemäß seine Ruhestätte finden wollte. Nun sei er wieder heimgekommen, der einst als junger Welcke hinauszog, und der ein Meister war wie wenige vorher, der treue Sohn seiner Heimat.

Stadtpfarrer Naas widmete dann dem Verbliebenen Abschiedsworte, in denen er die irdische Sendung und sein Menschentum betonte, und denen er das Abwehrwort zugrunde legte: Wer sein Leben zu erhalten trachtet, der wird es verlieren, und wer es verliert, wird es lebendig erhalten. War das Leben des Reichspräsidenten nach außen hin ein tägliches Opfern und ein Schicksal, so war dieses Leben innerlich ein Kampf um die Befreiung der Nation aus dem Dornenbusch der Kriege gefallenen Söhne. Sein Grab liegt nun zu Füßen des Grabes seiner Mutter und zu Füßen des Kreuzes.

Die Unfälle am Berliner Trauertag.

Eine deutschnationale Anfrage.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 5. März. Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages hat folgende kleine Anfrage eingebracht.

Nach übereinstimmenden Mitteilungen von Zeitungen der verschiedenen Parteien ist es anlässlich des Reichentages in der Person des Reichspräsidenten Ebert in Berlin zu schweren Unordnungen und an zahlreichen Unfallsfällen gekommen. Nach der Auffassung der Presse, sowie nach Angaben zuverlässiger Augenzeugen sind die Unfallsfälle zu einem Teile auf das Verhalten der schaulustigen Menge, zu einem weit größeren Teile aber auf den Mangel einer planmäßigen Organisation des Volksparlaments in Berlin zurückzuführen.

Während die Schupo an einzelnen Stellen in einem ihrer Zweckbestimmungen widersprechenden Maße zu Paradezwecken verwendet wurde, war an anderen Stellen das zwingende Ansehen der Schupo überhaupt nicht oder nur in ganz ungenügender Weise vorhanden.

Uebrigens hat bei der Anordnung dieser erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen eine der Schwereigenschaften der Lage gemachte Überleitung des Volksparlaments anscheinend vollständig übersehen. Die Verantwortlichen hierfür trifft in erster Linie den derzeitigen verantwortlichen Leiter des Volksparlaments, den früheren Bergassessor a. D. Friedensborn, der an Stelle des aus parteipolitischen Gründen beurlaubten Vizepräsidenten Moß die amtlichen Geschäfte des Vizepräsidenten und damit zurzeit die Amtsgeschäfte des Volksparlaments von Berlin führt. Da er bereits am 20. v. M. die Amtsgeschäfte übernommen hat, wäre er wohl in der Lage gewesen, alle gebotenen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, wenn ihm hierzu die nötige Vorbildung und Erfahrung fehlte.

denen und damit zurzeit die Amtsgeschäfte des Volksparlaments von Berlin führt. Da er bereits am 20. v. M. die Amtsgeschäfte übernommen hat, wäre er wohl in der Lage gewesen, alle gebotenen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, wenn ihm hierzu die nötige Vorbildung und Erfahrung fehlte.

jenliche Vorbildung und Erfahrung fehlte.

Die Schuld trifft in gleicher Weise den Kommandanten der Schupo, Oberst Hauptmann, der hier, wie schon bei den verschiedenen anderen Gelegenheiten gezeigt hat, daß er den Aufgaben dieser Stellung nicht gewachsen ist. Wir richten an das Staatsministerium die Anfrage, was es zu tun gedenkt, um die beiden schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen und aus den Stellen, denen sie offensichtlich nicht gewachsen, zu beurlauben.

Zur Bekämpfung der Schupo sollen Abteilungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold amtlich zugelassen werden, die durch ihre Malen zur Bekämpfung der Unordnung beigetragen haben. Wir fragen, ob eine

solche amtliche Verwendung des Reichsbanners national gesund hat.

Berlin, 5. März. Das B. L. B. wendet sich gegen die Nachrichten, nach denen bei den polizeilichen Überwachungsmaßnahmen während der letzten Feierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten mehrere Personen getötet und 1000 verletzt worden seien. Es sei nur ein Todesfall zu beklagen. Verletzt wurden etwa 12 Personen, die hinfielen oder umgestoßen wurden. Mehrere hundert Personen erlitten Ohnmachts- und Schwindelanfälle.

Berlin, 5. März. Das Auswärtige Amt legt Wert darauf, zu erklären, daß der von ihm am Sarge Eberts niedergelegte Kranz nicht, wie berichtet wurde, eine weiße, sondern eine schwarz-rot-goldene Schleife getragen hat. Dagegen trug der Kranz des Reichsaußenministers Dr. Stresemann eine weiße Schleife, ebenso der der deutschen Botschaft, deren Farben schwarz-weiß-rot sind.

Eine sozialistische Sonderkandidatur?

Die Sozialisten in Kampfstellung.

Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Im Partelausschuss der Sozialdemokratischen Partei erklärte Hermann Müller, die deutsche Sozialdemokratie gehe mit dem Tode Eberts in eine Kampfstellung zurück, die so lange fortbauern werde, als im Reich eine halbmonarchistische Rechtsregierung amtiere. Für den absoluten Sieg eines rein sozialistischen Kandidaten zum Reichspräsidenten beständen keine übertriebenen Erwartungen; er werde auf der Sonnabendtagung der Fraktion die offizielle Unterstützung der Kandidatur Marx vorschlagen.

Vorderhand scheint aber eine sozialistische Zustimmung zu einer gemeinsamen Kandidatur der Linksparteien durchaus noch nicht sehr sicher zu sein. Der „Vorwärts“ jedenfalls hebt in einem „Der Kampf um den Nachfolger“ überschriebenen Artikel die Bedeutung der Beratungen der sozialdemokratischen Parteiverfassungskommission hervor und schreibt hierüber:

Die deutsche Republik ruht auf den Schultern der Arbeiter. Die Sozialdemokratie war es, die die deutsche Republik begründete, er kämpfte, nach allen Seiten hin vorrückte. Die Sozialdemokratie war es, die die deutsche Republik ihren ersten Präsidenten stellte, den heute, nach seinem allseitigen Hinwischen die Welt als einen großen Schritt der Sozialdemokratie in der Welt der Welt betrachtet und innerlich gefühlvoll republikanische Partei. Und schließlich vertritt die Sozialdemokratie auch über Parteigrenzen hinaus die Sozialdemokratische Partei in einer ganz besonderen Weise. In der sie entscheiden muß, was sie der Republik und was sie sich selber schuldig ist. Aus der Tatsache, daß die Republik in ihr am lebendigsten ist — und wer wollte diese Tatsache bestritten? — ergeben sich für sie die Aufgaben, aber auch die Pflichten, erweist sich für sie die Notwendigkeit, mühsam zu handeln als die Partei Friedrich Eberts, als die Schutzherrin der Republik!

Die Frage, ob der Nachfolger Eberts nun ein Sozialdemokrat sein soll oder nicht, bleibt zwar offen. Trotzdem ist aus dieser geradezu drohenden Sprache zu ersehen, daß man noch lange nicht über die Schwierigkeiten innerhalb der Linksparteien hinweg ist, da die Sozialdemokratie zum mindesten dem Zentrum mancherlei Bedingungen stellen dürfte.

„Die Partei muß entscheiden.“

Ein Rätsel des „Vorwärts“ für Löbe.
Berlin, 5. März. Der „Vorwärts“ ist sehr unwillig wegen der Erklärung Löbes in der „Dresdener Volksmacht“, in der Löbe sagt, daß er eine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl nicht annehmen könne. Die „Dresdener Volksmacht“ hatte dazu bemerkt, daß diese Zeilen aus Löbes Feder die ersten seien, die sie ungenügend veröffentlichte, da seine beiseitige Selbstbeurteilung in weitestem Kreise keine Zustimmung finden werde. Die „Volksmacht“ wendet sich weiter gegen den Gedanken einer Sammelkandidatur im ersten Wahlgang, bei dem unendlich sei, alle sozialistischen Stimmen etwa auf Dr. Marx zu vereinigen, der bei allem Verdienst für die Ruhrmissionen und für die Arbeitszeitverlängerung mit verantwortlich sei und der jetzt in Preußen dem Kampf in bedauerlicher Weise ausweiche.

Dazu schreibt der „Vorwärts“: Wir sind der Meinung, daß die „Volksmacht“ besser getan hätte, diesen Brief überhaupt nicht zu veröffentlichen, da er noch nicht entscheide. Die Partei hat noch keine Beschlüsse gefaßt und es geht nicht an, daß sich Parteigenossen, sei es auch aus noch so unpolitischen Gründen, von vornherein Aufträge vertragen, die ihnen die Partei vielleicht erteilen könnte. Wir glauben auch nicht, daß die Absicht des Genossen Löbe ist, die Partei zum Entscheiden, wie sie bei der Reichspräsidentenwahl vorgehen will und dann dürfen ihre Absichten nicht durch die Belagerung eines einzelnen, die diesem zugeordnete Aufgabe zu übernehmen, durchkreuzt werden. Gegebenenfalls muß es also heißen: Die Reichsregierung in allen Ehren, aber über die Reichsregierung die Disziplin.

Eine Fraktionsstimmung des Zentrums.

Berlin, 4. März. In der Zentrumsfraktionsstimmung des Reichstages widmete zunächst der Vorsitzende Fehrenbach dem verstorbenen Reichspräsidenten einen Nachruf. Dann gab der Vorsitzende einen Lebensrückblick über die durch den Tod des Reichspräsidenten geschaffene Lage, besonders über die Frage der Nachfolgerschaft. Eine Debatte hierüber fand nicht statt, auch wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Severings politische Erkrankung.

Berlin, 5. März. Zu der Mitteilung, daß Genosse Severing aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amte entbunden zu werden wünscht, bemerkt die „Börse“: Wir haben Grund zu der Annahme, daß der Gesundheitszustand des Herrn Severing sich seit dem 7. Dezember v. J. nicht wesentlich verändert hat. Der Verzicht auf seine Person ist vielmehr als ein Zeichen des Niederganges der politischen Bedeutung der Sozialdemokratie anzusehen. Vorläufig wird von sozialdemokratischer Seite noch der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Grzesinski als Nachfolger Severings präsentiert. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich für die bürgerlichen Parteien in ihrem Kampfe gegen die revolutionären Errungenschaften in Preußen nicht allein um die Person Severings, sondern besonders um das System Severing handelt, und dies System wird von jedem Sozialdemokraten repräsentiert.

Severing dementiert.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 5. März. Herr Severing läßt mitteilen, daß er nicht erklärt habe, eine eventuelle Wiederwahl zum preussischen Minister des Innern nicht annehmen zu wollen. Richtig sei nur, daß sein Gesundheitszustand stark angegriffen sei.

Die Geschäftsführung des preussischen Landtagspräsidenten.

Keine Verschiebung der Ministerpräsidentenwahl.
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 5. März. Der Vizepräsident des Preussischen Landtages berief vor der Vollziehung über eine Beschwerde der kommunistischen Fraktion über die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten. Die Beschwerde geht dahin, daß der Präsident die letzte Landtagsession am 3. März eigenmächtig geschlossen habe, ohne den Beschluß des Landtages herbeizuführen, daß er dem kommunistischen Vied das verlangte Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt habe und daß er schon vor Beginn der Sitzung dem kommunistischen Verlangen gegenüber, zur Geschäftsordnung zu sprechen, erklärt habe, er werde sich über die Bestimmungen der Geschäftsordnung hinwegsetzen. Die kommunistische Fraktion beantragt daraufhin, daß der Landtag jeden abschließlichen Geschäftsordnungsbruch verurteilt und den Rücktritt des Landtagspräsidenten fordere. Landtagspräsident Bartels gab in der Sitzung des Vizepräsidentenrat, daß er gegen die Geschäftsordnung verstoßen habe, und rechtfertigte das mit den außergewöhnlichen Umständen. Das Zentrum reagierte, ähnlich wie im Reichstage in die Geschäftsordnung des Landtages eine Bestimmung aufzunehmen, wonach der Präsident berechtigt sein soll, in besonderen Fällen das Wort nicht zu erteilen.

Ferner wurde vom Zentrum angeregt, die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten bis nach der Wahl des Reichspräsidenten zu verschieben. Diesem Vorschlag widersprachen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Es bleibt also bei dem vorgesehenen Termin für die Wahl des neuen Ministerpräsidenten am kommenden Dienstag.

Trendelenburg berichtet in Berlin.

Berlin, 5. März. Der Leiter der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär Trendelenburg, gibt heute nachmittag 5 Uhr dem Reichswirtschaftsministerium einen kurzen Überblick über den Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Weitere Verstärkung der Kontrollkommission.

Berlin, 5. März. Hier sind gestern 14 weitere französische und belgische Offiziere der Kontrollkommission angetroffen. Die Stärke der Kontrollkommission hat damit 86 Köpfe erreicht. Mitglieder der Kommission haben gestern in Berliner Metallfabriken mehrere Kontrollbesuche abgeleistet, obwohl die Verlängerung der Kontrolle von dem Vorkriegsrat noch gar nicht beschlossen ist.